Auf Nachfrage erläuterte Herr Quiter ausführlich die Verfahrensweise zur Feststellung der Bedürftigkeit des betroffenen Personenkreises. Er stellte klar, dass es entgegen anderslautender Aussagen keine zweite Überprüfung des betroffenen Personenkreises gebe, sondern die von der Schule gemeldete Bedürftigkeit lediglich mit den im Elternbeitragsverfahren eingereichten Unterlagen abgeglichen werde. Gegenüber der Schule reiche der Hinweis der Betroffenen völlig aus, dass diese zu dem Personenkreis zählen, der die Kosten nicht zu tragen habe.

Herr Quiter erläuterte anschließend die Hintergründe, die zur Einrichtung des Landesfonds führten und die zugrunde liegende Finanzierungsmethode.

Herr Waldästl wies darauf hin, dass seitens der SPD-Fraktion weiterhin die Übernahme der kompletten Kosten für den betroffenen Personenkreis gefordert werde.

Herr Dr. Lennartz teilte mit, dass er sich aufgrund seiner Beteiligung als „Sammler“ in der ursprünglichen Initiative bei der Abstimmung enthalte, die Teilnahme am Landesfonds jedoch befürworte.

Danach ließ der Vorsitzende über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen: